



**SPÖ Gemeinderatsklub**  
Rathaus  
Maria-Theresien-Straße 18  
A - 6020 Innsbruck  
Tel. +43 (512) 5360-1331  
Fax +43 (512) 5360-1731  
klub@spoeinnsbruck.at

Innsbruck, am 21.01.2021

## **ANFRAGE**

### **Ehemalige Heim- und Pflegekinder und deren Ansprüche**

Nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Schicksale von Heimkindern in Tirol durch ForscherInnen an der Uni Innsbruck unter federführendem Einsatz von Prof. Dr. Horst Schreiber interessiert zuvörderst, ob es auf Ebene bzw. im Bereich der Stadt Innsbruck Konsequenzen aus dieser Aufarbeitung gibt. Daher stellt der Sozialdemokratische Gemeinderatsklub Innsbruck nach § 18 GO-GR folgende Fragen:

- Welche Einrichtungen der Stadt Innsbruck waren betroffen, wie viele Menschen haben sich als ehemalige Heim- oder Pflegekinder ob dessen, was ihnen angetan worden sei, gemeldet und wie wurde mit den erhobenen Vorwürfen umgegangen?
- Wurden ehemalige, misshandelte Pflegekinder den Heimkindern bei der Aufarbeitung gleichgestellt; wenn nicht, mit welcher Begründung?
- Welche pädagogischen Maßnahmen wurden mittlerweile getroffen, damit sich derlei Taten an Kindern und Jugendlichen nicht mehr wiederholen können und wie werden die Maßnahmen sowie gesetzlichen Rahmenbedingungen in Innsbruck umgesetzt und kontrolliert? Gibt es in der jüngsten Vergangenheit (Zeitraum 2000 bis 2020) Zahlen zu Vorfällen zu Innsbrucker Heimen und zu Innsbrucker Kindern in Pflegefamilien, bei denen seitens der Behörde interveniert werden musste?
- Welche Konsequenzen wurden von den zuständigen Behörden aus den aufgezeigten Vorfällen zu Heim- und Pflegekindern gezogen?
- Hat die Stadt Innsbruck Entschädigungszahlungen geleistet; wenn ja, an wie viele Personen und in welcher Höhe?
- Hat es Fälle gegeben, in denen die Stadt Innsbruck ehemaligen Heim- und Pflegekindern die Entschädigung nicht zuerkannt hat; wenn ja, in wie vielen Fällen und wa-



rum?

- Wie viele der ehemaligen Heimkinder der städtischen Heime Pechegarten, Mariahilf und Westendorf wurden jeweils entschädigt und was waren die Vorfälle in diesen Einrichtungen, aus denen die Ansprüche resultierten und wie wurden diese Fälle seitens der Stadt (nicht seitens der Wissenschaft) aufgearbeitet und wie wird dieses Wissen heute für Sensibilität und professionelle Arbeit genutzt und konkret angewandt (Präventivarbeit durch die Behörde)?
- Wurden kirchliche Einrichtungen bei der Aufarbeitung mitberücksichtigt, wenn ja, mit welchen Ergebnissen; wenn nein, warum nicht und wie ist die Lage zu bewerten, wenn bzw. dass kirchliche Einrichtungen nicht berücksichtigt werden bzw. werden können?
- Wie vielen der ehemaligen betroffenen Kinder aus Heimen und Pflegefamilien wurde nach dem Heimopferrentengesetz eine Pension zugesprochen?

GR Helmut Buchacher, Klubobmann SPÖ